

Thema:

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit verbessern - Kommunen gestalten Globalisierung

Die SGK-Landeskonferenz möge beschließen:

1. Millenniums-Entwicklungsziele lokal unterstützen

Im Lichte der Nord-Süd Politik Willy Brandts und der langen und erfolgreichen Tradition sozialdemokratischer Entwicklungspolitik, bekennen sich die sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zu den Zielen der globalen Solidarität und der Nachhaltigkeit. Wir schließen uns der von Deutschland und weiteren 188 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen im Jahre 2000 verabschiedeten UN-Millenniumdeklaration an und unterstützen folgende acht Millenniums-Entwicklungsziele als Leitlinie unserer kommunalen Entwicklungszusammenarbeit:

- Bekämpfung von Hunger und Armut weltweit
- Grundschulbildung für alle
- Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frau
- Reduzierung der Kindersterblichkeit
- Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern
- Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Armutskrankheiten
- Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit
- Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft.

Die Kommunen in Deutschland sind ein wichtiger Partner in der Verwirklichung einer gerechteren Welt. Die Kommunen tragen Verantwortung z.B. im Bereich der fairen Beschaffung und bei der Einhaltung von Klimaschutzziele. Sie können Zugänge zu den unterschiedlichen Gruppen der Zivilgesellschaft eröffnen und einen wichtigen Beitrag leisten, die in der „Eine Welt Arbeit“ engagierten Gruppen zu vernetzen.

Einige wenige hessische Kommunen haben sich bisher auch formell zur Unterstützung der Millenniums-Entwicklungsziele bekannt und die von der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und den drei kommunalen Spitzenverbänden verfasste Millenniums-Erklärung unterzeichnet. Das Forum Eine Welt Hessen-Süd fordert alle sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker auf, in ihrer Kommune darauf hinzuwirken, soweit noch nicht geschehen, die Millenniums-Erklärung zu unterzeichnen.

2. Rahmenbedingungen für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit verbessern

Die Hessische Landesregierung hat dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz „Zukunftsfähigkeit sichern – Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen“ vom Oktober 2008 zugestimmt. Bis jetzt hat die Landesregierung aus CDU und FDP nichts nachhaltig Erkennbares getan, um diesen Beschluss gerecht zu werden.

Wir stehen vor globalen Herausforderungen, denen wir nur gemeinsam begegnen können. Viele Initiativen der Zivilgesellschaft sowie Städte und Gemeinden haben sich dieser Verantwortung gestellt.

Dieses Engagement braucht Unterstützung und deshalb fordern wir die hessische Landesregierung auf, ihrem Versprechen und ihrer Verantwortung nachzukommen, eine Anlaufstelle für kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu schaffen. Wie diese zu gestalten und wo diese anzusiedeln ist, sollte mit den Akteuren beraten und entschieden werden, die seit langem auf diesem Feld tätig sind. Wir fordern einen Runden Tisch mit den Vertretern der kommunalen Familie, dem entwicklungspolitischen Netzwerk Hessens (EPN) sowie der Servicestelle „Kommunen in der Einen Welt“, der die zukünftigen Strukturen festlegt.

3. Die Akteure der Zivilgesellschaft vernetzen

Grundlage für nachhaltige kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist bürgerschaftliches Engagement. Oftmals ist es nur durch den Einsatz zivilgesellschaftlicher Akteure möglich ambitionierte Projekte umzusetzen. Die Initiative von Bürgerinnen und Bürgern ist hierbei oft entscheidend. Von diesem Engagement und dieser Kreativität lebt kommunale Entwicklungszusammenarbeit.

Das Forum Eine Welt Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker auf in ihren Kommunen über die Millenniums-Entwicklungsziele stärker zu informieren und damit beizutragen das Bewusstsein für die oftmals schwierige Situation in den verarmten Ländern des Südens zu wecken. Hierzu können kommunale Veranstaltungen, wie Ausstellungen und Diskussionsveranstaltungen, ebenso dienen wie Aktivitäten in Schulen oder die Aufnahme des Themas Entwicklungspolitik in die Begegnungsprogramme mit europäischen Partnerkommunen. In diese Informationsarbeit und Bewusstseinsbildung sollten die Eine Welt Initiativen, Schulen, Universitäten, örtliche Wirtschaft und örtliches Handwerk, sowie politische Parteien, Gewerkschaften Kirchen und Vereine eingebunden werden.

Dadurch kann ihr großes Potenzial für die entwicklungspolitische Arbeit noch stärker aktiviert und eine möglichst breite und beständige Verankerung des Themas in der Bevölkerung erzielt werden. Dieses breite Bündnis der lokalen Akteure der Entwicklungszusammenarbeit und die Vernetzung der Aktivitäten ermöglicht eine wirksamere Nutzung der begrenzten Ressourcen für entwicklungspolitisches Engagement in der Kommune.

4. Kommunale Partnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit ausbauen

Kommunen wissen was Kommunen brauchen. Deshalb ist der zielorientierte Ausbau von Partnerschaften durch den Einsatz und Austausch kommunaler Experten ein zentraler Ansatz. Unseren Kommunen bieten sich hier vielfältige Möglichkeiten der Zusammenarbeit: von der Projektpartnerschaft bis hin zur Städtepartnerschaft. Erfolgreiche Entwicklungspartnerschaften können noch mehr Wirksamkeit entfalten, indem sie auf Dreieckspartnerschaften um Kommunen aus EU-Ländern erweitert werden. Dadurch können der Einsatz von Ressourcen konzentriert und vorhandenes Know-how erweitert werden. Zusätzlicher Anreiz ist, dass die EU für technische Projekte, an denen Kommunen aus zwei oder mehr Mitgliedsländern beteiligt sind, Förderprogramme und Förderbudgets bereitstellt.

5. Mit fairem Beschaffungswesen einen Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit leisten

Die Kommunen können mit einem fairen Beschaffungswesen einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Millenniums-Entwicklungsziele leisten, darüber hinaus tragen sie zum Aufbau gerechterer Welthandelsstrukturen bei. Rund 350 Mrd. Euro werden pro Jahr für die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen durch die öffentliche Hand (Bund, Länder, Kommunen) ausgegeben – davon entfällt ein erheblicher Anteil auf die Kommunen. Sozial und ökologisch gerechte Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen in der Verwaltung, Schulen, Krankenhäusern, Kindertagesstätten und für kommunale Veranstaltungen ebenso wie der Einsatz energiesparender Technologien und Maßnahmen zur Energieeffizienz wirken ganz im Sinne der Millenniumsentwicklungsziele, indem menschenwürdige Arbeitsbedingungen sowie ökologische Nachhaltigkeit gefördert werden. Dies kann auch dazu beitragen, die regionale Wirtschaft zu stärken.

Durch das Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts vom April 2009 ist mehr Rechtssicherheit geschaffen worden.

Das Forum Eine Welt Hessen-Süd appelliert an die sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, in ihren Kommunen ein faires Beschaffungswesen einzuführen und den Gedanken von fairen Arbeitsbedingungen weltweit als internationale Solidarität aktiv ins Bewusstsein des Gemeinwesen zu tragen. Ein möglicher Schritt auf dieser Etappe wäre die Beteiligung an dem Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ oder an der Kampagne „Fair Trade Town“. Mehrere hessische Städte haben sich schon erfolgreich beteiligt. Marburg, als Hauptstadt des fairen Handels in Deutschland 2009/2010, ist hier beispielgebend. Das Forum Eine Welt Hessen-Süd ermutigt ausdrücklich die sozialdemokratisch geführten Kommunen in diesem Sinne aktiv zu werden.

Begründung: Erfolgt mündlich.

Antragsteller: Landesvorstand der SGK Hessen